

Presseinformation



Nr. 459/2011

Kiel, Donnerstag, 15. September 2011

Innen und Recht / Verfassungsschutzbericht 2010

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Gerrit Koch: Die Akzeptanz linksextremistischer Organisationen ist erschreckend

In seiner Rede zu **TOP 38** (Verfassungsschutzbericht 2010) sagt der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Gerrit Koch**:

„Die Feststellungen im Verfassungsschutzbericht 2010 zum Rechtsextremismus in unserem Land kann man wie folgt zusammenfassen: Die Rechtsextremisten sind schlecht organisiert, die Mitgliederzahlen der Parteien und Gruppierungen sind überwiegend rückläufig, Aktivisten werden nicht langfristig gebunden, Veranstaltungen werden kaum besucht und man streitet sich untereinander.“ Auch die Straftaten – insbesondere Gewalttaten – mit rechtsextremistischem Hintergrund seien zahlenmäßig zurückgegangen. Dies sei sicherlich eine positive Entwicklung aus der Sicht eines jeden Demokraten, so Koch.

„Sind die Zahlen im rechtsextremistischen Bereich generell rückläufig, so sieht es im linksextremistischen leider nicht danach aus. Erschreckend ist für mich, immer wieder feststellen zu müssen, welche Akzeptanz linksextremistische Organisationen und deren Gedankengut in bestimmten Kreisen finden.“ Zum Beispiel täten sich alljährlich durchaus demokratische Organisationen in Lübeck mit Verfassungsfeinden zusammen, um gegen Nazis zu demonstrieren. Er glaube nicht, dass diese Demokraten die Ansicht teilten, dass „die heutige Gesellschaft revolutionär verändert werden“ müsse. Dennoch unterzeichneten sie Aufrufe mit Gruppen wie Avanti und der SDAJ. „Ich wünsche mir, dass man nicht aus falsch verstandener Solidarität mit solchen Gruppen gemeinsame Sache macht“, erklärt Koch.

„Es kann auch nicht angehen, dass unter dem Deckmantel des zivilen Ungehorsams die Grundprinzipien unseres Rechtsstaates Stück für Stück in Frage gestellt werden. Was sollen die Bürger denken, wenn sogar schon ein Mitglied am linken Rand unseres Landtages öffentlich dazu aufruft, Sachbeschädigungen auszuüben und dabei auch Menschenleben zu gefährden?“ Nichts anderes beinhalte nämlich der Aufruf „Castor? Schottern!“ Sich auch noch damit zu brüsten, dass man das Gewaltmonopol des Staates und polizeiliche Maßnahmen nicht anerkenne, sei wohl ein überdeutlicher Beleg dafür, dass das Verständnis für unseren Rechtsstaat nicht bis zu jedem durchgedrungen sei, kritisiert Koch abschließend.

Frank Zabel, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497,
E-Mail: info@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

www.fdp-sh.de